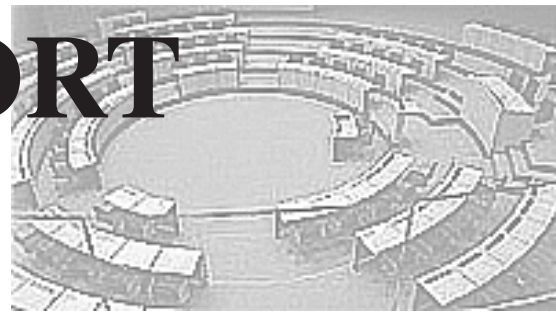


# PARLAMENTSREPORT

## DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag



### „Hauptmarkenzeichen sind selbstverständlich Soziales und Arbeit“

Bodo Ramelow: Acht Hauptthemenfelder, mit denen wir uns erkennbar zu Wort melden

Auf der Basis verschiedener Diskussionspapiere, die der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Thüringer Landtag, Bodo Ramelow, vorgelegt hat, startet die Fraktion nach der Sommerpause in die Arbeit der kommenden Monate. „Wir dürfen uns nicht mit tagesaktuellen Kleinstthemen verzetteln und abkämpfen, sondern müssen stärker langfristig denken“, so der Oppositionsführer gegenüber Journalisten. Acht Hauptthemenfelder sollen dabei im Mittelpunkt stehen, „mit denen wir uns erkennbar zu Wort melden (...), dabei ist unser Hauptmarkenzeichen selbstverständlich der Bereich Soziales und Arbeit“.

Das erste Themenfeld: „Soziales“. Hierzu zählen Fragen, wie Hartz IV-Regelsätze, Kinder- und Elternfinanzierung, Sozialraumplanung, Krankenhausplanung und Pflegeplanung. Zweite Position: „Gute Arbeit/ÖBS/Tariftreue/Vergabegesetz/Mindestlohn“. Hier soll es gehen um die Berufswelt, die Arbeitswelt, Perspektiven für klein- und mittelständische Betriebe, Themen wie Mikrodarlehen, Renaissance von Sparkassen, Stärkung von Genossenschaftsbanken, also „Regional vor global“.

Drittes Themenfeld wäre der Tourismus unter Einschluss von Sport und damit auch dem Thema „Wie weiter mit Oberhof?“ Dazu zählen Überlegungen zur Ertüchtigung bestehender Stadien. Der Tourismus greift aber auch auf das zweite Themenfeld, die Wirtschaft, zu-

rück (am Beispiel „Thüringer Meer“ könnte deutlich werden, wie eine ganze Region ausgebaut werden kann, um sie touristisch nachhaltig nutzbar zu machen) – der Tourismus als arbeitsplatzschaffendes und wirtschaftsstärkendes Element.

Viertens: „Bildung“, also Kita-Gesetz, Kita-Entwicklung, die gesamte Bildungskette unter Einschluss der Begriffe längeres gemeinsames Lernen, Integrieren statt Selektieren sowie kurze Beine, kurze Wege. Thüringen muss ein Leitbild Bildung bekommen, anknüpfend an Reformpädagogik, aber auch eine Universitätsplanung sowie eine Vernetzung der Universitäten, der Fachhochschulen und der Berufsakademien. Bildung muss ein Markenzeichen für Thüringen werden, damit junge Leute neugierig gemacht werden auf Thüringen. Fünftens brauchen wir ein Leitbild Kultur, einschließlich der Kulturräumplanung und der Kulturräumfinanzierung. Auch hier muss es um neue Finanzierungen der bestehenden Kultureinrichtungen gehen, aber auch um Raum für kreative Ideen.

Sechstens tangiert alle Punkte: Haushalt, Haushaltsdebatte, drohender Haushaltsnotstand, den die Kommunen schon haben und in die das Land hingleiten wird. Hier sind allgemeinpolitische Antworten auf die Finanzierungsnöte und die Forderung nach Ausbau der Steuereinnahmen ebenso notwendig wie die Thematisierung eines Lastenausgleichsge-

setzes statt einer so genannten Schuldenbremse, die außer als Investitionskiller zu nichts gut ist.

Siebter Punkt: Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform. Einräumigkeit und Zweistufigkeit in der Verwaltung muss sich abbilden in allen Landesbehörden. Notwendig ist ein schlüssiges Konzept, damit Verwaltungen vernünftig aufgestellt sind und Doppelstrukturen abgeschafft werden. Und schließlich das Energiethema: Rekommunalisierung der Stromnetze, wie weiter mit den Konzessionsverträgen, wie weiter mit den Stadtwerken bei der Strom- und Wärmeproduktion. Hier sind Ideen zu entwickeln, die das Ziel haben, regionale und dezentrale regenerative Energiequellen nutzbar zu machen, um im ländlichen Raum Arbeitsplätze entstehen zu lassen.

Abschließend unterstreicht Bodo Ramelow: „Wir müssen gemeinsam üben, neben der Parlamentsarbeit auch aktionsorientiert (Kampagnenfähigkeit) für unsere Inhalte tätig zu werden.“

Weitere aktuelle Beiträge von Bodo Ramelow zur Gesellschaftsdebatte:

*Es ist an der Zeit! Aufruf zur Demokratisierung der Demokratie*  
[www.rosalux.de/themen/parteien-demokratie/publikationen](http://www.rosalux.de/themen/parteien-demokratie/publikationen) (RLS Standpunkte 24/ 2010)

*Demokratischer Lebensort Deutschland – „Gesellschaftsvertrag 21“*

[www.bodo-ramelow.de/.../Gesellschaftsvertrag.pdf](http://www.bodo-ramelow.de/.../Gesellschaftsvertrag.pdf)

#### AKTUELL

### Diskussion über neue Wege der Kulturförderung

Die Kulturlandschaft in Thüringen ist vielfältig und einzigartig. Neben weltbekannten Kulturgütern wie der Wartburg und der Stadt Weimar sind es vor allem die Theater und Orchester, die für hervorragende kulturelle Angebote stehen. Kultur in Thüringen macht aber noch weit mehr aus: Museen, Bibliotheken, Musikschulen, Baudenkmäler, Sozio- und Jugendkultur sind einige Beispiele für die benannte Vielfältigkeit.

Allen gemeinsam ist, dass ihre Finanzierung durch Land und Kommunen eine „freiwillige Aufgabe“ ist und ihre Finanzierung damit direkt von der Lage der öffentlichen Kassen abhängt. Aufgrund zurückgehender Einnahmen und der wachsenden Ver-

schuldung von Land, Städten und Gemeinden sind die Zuschüsse für kulturelle Einrichtungen häufig von Kürzungen bedroht.

Um in dieser schwierigen finanziellen Situation die Kultur hierzulande trotzdem zu erhalten und auszubauen, muss über neue Wege der Kulturförderung nachgedacht werden. Die Linksfraktion im Thüringer Landtag plant daher für Freitag, den 17. September, von 16 bis 20 Uhr, eine Veranstaltung mit dem Titel „Kulturland Thüringen – Quo vadis?“. Dort soll zunächst der Wiener Kulturwissenschaftler Prof. Tasos Zembylas über verschiedene Möglichkeiten der Kulturförderung sprechen und dabei auch auf die Auswirkung von in Österreich bereits be-

stehenden „Kulturfördergesetzen“ eingehen. Anschließend werden Vertreter von Theatern, Museen, Bibliotheken und der Soziokultur in einer Diskussionsrunde ihre Vorstellungen der Kulturentwicklung darlegen, bevor schließlich die Politikerinnen und Politiker zu Wort kommen, um ihre Ansichten vorzustellen.

Ihr Kommen zugesagt haben neben der Kulturpolitikerin der LINKEN und Vizepräsidentin des Thüringer Landtags, Dr. Birgit Klauert, der Altenburger Oberbürgermeister Michael Wolf (SPD) und die Grünen-Politikerin Astrid Rothe-Beinlich, ebenfalls Vizepräsidentin des Thüringer Landtags. Ort des Geschehens ist die „Bühne am Park“ in Gera.

Frank Schenker

#### KOMMENTIERT:

von Ina Leukefeld

#### Nicht wirklich erfreulich

*Auch wenn die aktuell veröffentlichten Arbeitsmarktdaten für Thüringen eine rückläufige Zahl der Langzeitarbeitslosen um 800 Personen gegenüber dem Vormonat ausweisen, kann man sich noch lange nicht freuen und von einem Aufwärtstrend auf dem Arbeitsmarkt reden, zumal es bei den Leiharbeitern eine mehr als bedenkliche Entwicklung gibt. So ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von April 2009 zu April 2010 in Thüringen um etwa 8500 gestiegen, davon waren aber über 7000 Leiharbeiter.*

*Die Thüringer Landesregierung lässt sich immer neue Begründungen einfallen, wenn es um die Schönfärberei von objektiven Tatsachen geht. Einmal ist das schlechte Wetter Schuld an der Zunahme der Arbeitslosenzahlen, jetzt ist es die Sommerflaute, obwohl damit gerade im Baubereich und unter Einsatz des Konjunkturpaketes günstigste Bedingungen für Beschäftigungszuwachs herrschen.*

*Es ist vielmehr höchste Zeit, dass die Landesregierung die arbeitsmarktpolitischen Programme, wie Landesarbeitsmarktprogramm und Bürgerarbeit einsetzt, um Langzeitarbeitslosen, Alleinerziehenden und jugendlichen Erwerbslosen echte repressionsfreie Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu eröffnen. Arbeit muss existenzsichernd bezahlt werden und Zuschüsse dafür dürfen nicht im System versickern.*

*Aktuelle Studien zur Situation von Alleinerziehenden im Freistaat oder auch die Studie des Institutes Arbeit und Qualifikation (IAQ) zur Lohnsituation in Deutschland bestätigen die Forderungen der LINKEN nach Mindestlohn und nach Schaffung eines öffentlichen Beschäftigungssektors. Jetzt hat die Landesregierung die Gelegenheit, ihre Versprechen einzulösen und die vorhandenen arbeitsmarktpolitischen Instrumente im Sinne eines wirklichen Beschäftigungszuwachses zu nutzen. Dazu gehört auch, dass die Fördermittel dort ankommen, wozu sie vorgesehen sind. Ein erster Schritt wäre die Aufstockung des Lohns innerhalb der Bürgerarbeit, damit die Betroffenen nicht im Niedriglohnbereich verharren, sondern eine echte Perspektive zu Hartz IV bekommen.*

## KURZ UND PRÄGNANT

### VS-Beobachtung beenden

Der Parteivorstand der LINKEN unterstützt die weiteren juristischen Schritte Bodo Ramelow gegen das Urteil des Leipziger Bundesverwaltungsgerichts, das am 21. Juli die geheimdienstliche Beobachtung des Fraktionschefs im Thüringer Landtag, aber auch der Partei insgesamt, als rechtmäßig erklärt hatte. Der Thüringer Oppositionsführer wird jetzt beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe gegen den Leipziger Richterspruch vorgehen. Der Verfassungsschutz werde als Mittel gebraucht, um die politische Linke zu diskreditieren, hatte die Parteivorsitzende Gesine Löttsch nach der Bundesvorstandssitzung am 2. August unterstrichen. ■

### Welterbestatus erhalten

Unter der Maßgabe, dass der Welterbestatus der Wartburg natürlich nicht gefährdet werden darf, andererseits aber dringend Entwicklungsperspektiven für die Windkraft in Thüringen auf die Tagesordnung gehören, setzte sich MdL Tilo Kummer kritisch mit dem Agieren der Landesregierung auseinander. „Wenn das Land jetzt nach ursprünglichen Zusagen und Auflagen gegen die Windkraftanlagen ist, sollte es eher die Investorenaufwendungen entschädigen statt über Klagen nachzudenken“, so der LINKE-Abgeordnete angesichts der Ankündigung von Bauminister Carius, dass das Land gegen die Investoren der Windkraftanlagen auf dem Milmesberg in der Nähe der Wartburg klagen will. MdL Dr. Birgit Klaubert unterstrich: „Bevor man klagt, sollte man miteinander reden. Die Wahrung des Welterbestatus der Wartburg muss oberste Priorität haben. Alle Beteiligten sollten an einen Tisch und gemeinsam mit der UNESCO sicherstellen, welche Maßnahmen ergriffen werden müssen.“ ■

### Residenzpflicht abschaffen

Die Linksfraktion erneuerte ihre Forderung nach Abschaffung der Residenzpflicht für Flüchtlinge in Thüringen. MdL Sabine Berninger forderte mit Blick auf die Beratung im Innenausschuss insbesondere die CDU auf, ihre Blockadehaltung gegenüber einer das gesamte Bundesland betreffenden Rechtsverordnung für mehr Bewegungsfreiheit für Flüchtlinge aufzugeben. Sie verwies auf Brandenburg, wo seit dem 29. Juli eine Verordnung gilt, nach der sich Flüchtlinge im gesamten Land ohne Erlaubnis frei bewegen können. Zudem können sie für Berlin eine Dauererlaubnis erhalten. ■

# Statt Mini-Pilotmodell längeres gemeinsames Lernen für alle

NACHGEFRAGT bei Michaele Sojka, bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion

**Auf Ihrer Pressekonferenz kurz vor Beginn des neuen Thüringer Schuljahres am 5. August hatte besonders die Forderung nach einem Volksentscheid zum längeren gemeinsamen Lernen, den die Landesregierung selbst in die Wege leiten soll, einige Journalisten irritiert. Was ist der Hintergrund, worum geht es?**

Um nicht mehr und nicht weniger als eine wichtige Zukunftsfrage für Thüringen, die auch im Blickpunkt des Landtagswahlkampfes im vergangenen Jahr stand und wo es weit reichende Versprechungen vor allem auch seitens der SPD gab. Was allerdings die neue Landesregierung mit ihrem SPD-Bildungsminister und Vize-Regierungschef bisher in der Schulpolitik erreicht hat, lässt sich knapp umschreiben: Nichts!

**Aber es gibt das Gemeinschaftsschulmodell....**

... in homöopathischer Dosis, in einer Mini-Pilotphase mit sechs Schulen, von denen drei – die Jenaplan- und die Lobdeburgschule – ohnehin schon eigene pädagogische Konzepte in der Art der Gemeinschaftsschule anbieten. Egal, ob man mit drei oder sechs Schulen rechnet, bei rund 1000 Thüringer Schulen betrifft die „neue“ Schulform Gemeinschaftsschule nur eine Promillezahl an Schülerinnen und Schülern. Für die Mehrheit kommt gar nichts raus. Lediglich zwei der beteiligten Regelschulen arbeiten mit Grundschulen zusammen und könnten – aber auch erst in einigen Jahren – einen Übergang von ganzen Klassenstufen in die Gemeinschaftsschule anbieten. Das neue Gesetz ist bestenfalls ein Placido für die SPD-Basis, aber in der Fläche wird sich nichts ändern. So, wie es bisher läuft, diskreditiert es eher das längere gemeinsame Lernen. Die anhaltende Auseinandersetzung in der Thüringer Koalition zwischen der SPD mit ihrem Gemeinschaftsschulmodell und der CDU, die eine neue Oberschule fordert, verunsichert Pädagogen, Eltern und Schulträger gleichermaßen. Wir wollen Klarheit, wir wollen ein eindeutiges Votum der Bürger, ob für

alle Schüler die Trennung nach Klassen vier abgeschafft werden soll.

**In Hamburg haben sich gerade die Gegner eines längeren gemeinsamen Lernens per Volksentscheid durchgesetzt. Haben Sie keine Bedenken für Thüringen?**

Die Situation in Thüringen ist ganz anders. Das hat mit den Erfahrungen der Menschen vor der Wende zu tun, aber auch mit der völlig unterschiedlichen Bevölkerungsstruktur. Entsprechende Umfragen belegen das immer wieder. Emnid hat erst vor wenigen Tagen eine Studie veröffentlicht, nach der sich deutschlandweit 72 Prozent der Eltern für eine spätere Trennung der Kinder aussprechen. Jedoch die Politik reagiert nicht, weder im Land noch im Bund. Wir wollen aber eine grundlegende Schulreform mit einem modernen Schulsystem für Thüringen und optimalen Bedingungen für alle Kinder.

**Aber warum sollte die Landesregierung den Volksentscheid in die Wege leiten?**

Die Landesregierung soll sich den politischen Handlungsauftrag für einen schrittweisen Umbau hin zu einem längeren gemeinsamen Lernen durch einen von ihr initiierten Volksentscheid möglichst breit und direkt-demokratisch legitimieren lassen. Der Entscheid könnte gleichzeitig mit den Bürgermeister- und Landratswahlen 2012 stattfinden, um eine hohe Beteiligung aller Thüringer zu sichern. Das in der Thüringer Verfassung (§ 24) festgeschriebene gegliederte Schulsystem von 1993 könnte über den gleichen Weg der Verfassungsänderung durch Volksentscheid wieder rückgängig gemacht werden. Bürgerbeteiligung ernst zu nehmen, ist in diesem wichtigen Politikfeld der einzige Weg, um über Parteigrenzen hinweg Thüringen zu einem modernen Bildungsland weiterzuentwickeln.

**Aber die vorhandenen Bedenken nehmen Sie auch ernst?**

Aber natürlich. Ich wünsche mir eine intensive, offene und breite De-

batte in der Bevölkerung. Wir wollen die Bürger bei jedem Schritt einbeziehen, sie auf diesem Weg mitnehmen. Dabei möchte ich betonen, dass es die Struktur allein auch nicht bringt. Wenn man wirklich jedem Schüler gerecht werden will – und darum geht es uns –, dann braucht



es auch entsprechende Bedingungen für individuelle Lernprozesse. Nicht nur die skandinavischen Länder zeigen, dass vom langen gemeinsamen Lernen schwächere Schüler genauso profitieren wie die Starken. Dabei kann sogar auf Noten und Sitzbleiben verzichtet werden, wie das übrigens auch im Thüringer Gemeinschaftsschulmodell möglich ist. Bloß, ich frage mich, warum dies nicht für alle ermöglicht werden soll. Daher unser Vorstoß und unsere Erwartung an die Landesregierung.

**Keine weitere Verunsicherung!?**

Das ganze Gegenteil wäre der Fall. Eine langfristige Perspektive über Legislaturperioden hinaus würde eröffnet. Es könnten den demografischen Prozessen Rechnung getragen und zugleich den Schulen auf dem Land Entwicklungsmöglichkeiten eröffnet werden. Der von allen geforderte Schulfrieden wäre endlich erreicht, Schulträger erhielten Planungssicherheit und Eltern und Kinder endlich die Schulform, die sie seit langem wünschen.

(Für die Beantwortung der Fragen dankt Annette Rudolph) ■



Ihre regelmäßigen Bürgersprechstunden unter freiem Himmel nutzte Karola Stange, Landtagsabgeordnete der LINKEN, um Schulanfängern diese kleinen Zuckertüten zu überreichen. „Ein wichtiger Lebensabschnitt beginnt nun für die Erstklässler und dazu möchte ich ihnen viel Erfolg wünschen“, sagte die Erfurter Abgeordnete, die zu den Markttagen in verschiedenen Stadtteilen unterwegs war. Auch das Stadtteilstfest am Roten Berg nutzte Karola Stange, um den Schulanfängern nach den offiziellen Schuleinführungsfeiern eine kleine Freude zu machen.

# Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften in Thüringen

## Netzwerkarbeit ausbauen/ Normenkontrollklage beim Landesverfassungsgericht

Niemand darf wegen seiner sexuellen Orientierung diskriminiert werden“, so seit 1993 zu lesen in Art. 2 Abs. 3 Thüringer Verfassung. Die politische, rechtliche und gesellschaftliche Realität sieht anders aus. Nicht einmal die rechtliche Gleichstellung ist in Thüringen verwirklicht. Gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften sind z.B. im Beamtenrecht benachteiligt.

Eine Normenkontrollklage der Fraktion DIE LINKE dagegen liegt seit über einem Jahr beim Thüringer Verfassungsgerichtshof. Die Landesregierung verweist auf ein Vertragsverletzungsverfahren der EU gegen Deutschland wegen Verstößes gegen Antidiskriminierungsbestimmungen zugunsten lesbischer und schwuler Menschen. Es ist damit zu rechnen, dass Deutschland das Verfahren verliert. Angesichts der Verfassungslage in Thüringen braucht und darf das Land nicht auf den Ausgang des EU-Verfahrens warten.

Eine weitere Diskriminierung: In Thüringen sind für die Eintragung der Lebenspartnerschaften die Kreise (Landratsämter) zuständig. Die kreisfreien Städte können die Aufgabe den Standesämtern übertragen, müssen es aber nicht. Mit Ausnahme Baden-Württembergs und Thüringens sind mittlerweile in Bundesländern die Standesämter zuständig. Thüringens Innenminister Peter Huber hat öffentlich angekündigt, diesen „Sonderweg“ beenden zu wollen. Es bleibt abzuwarten, ob und wann es zur Gesetzesinitiative der Landesregierung kommt. Bisher hatte die CDU hier heftig „gemauert“. Karola Stange,

gleichstellungspolitische Sprecherin, erinnerte daran, dass in den vergangenen Jahren die Gesetzesvorschläge der PDS bzw. LINKEN abgelehnt wurden. Die Linksfraktion werde diese Initiativen zeitnah erneuern. Sie forderte von der Landesregierung eine tatsächliche Gleichstellung von Lesben und Schwulen bzw. gleichgeschlechtlichen Partnerschaften.

Am 3. August folgten zahlreiche Verbände und Organisationen der Einladung von Karola Stange und Ralf Hauboldt, dem justizpolitischen Sprecher, zu einem „Netzwerktreffen Gleichstellung“. Anlass: Initiativen der Fraktion sollen mit Aktiven der außerparlamentarischen Praxis „rückgekoppelt“ werden, denn sie will keine Politik über die Köpfe von Betroffenen und in der

derung des Adoptionsrechts diskutiert und sehr eindrücklich die zurzeit noch bestehenden (diskriminierenden) Hürden mit praktischen Beispielen illustriert. Mit besserer Vernetzung könne der Druck auf die Landesregierung erhöht werden, um die Defizite in der Gleichstellung von lesbischen und schwulen Menschen in Thüringen zu beseitigen.

Einig war man sich, dass eine umfassende rechtliche Gleichstellung nicht das „Allheilmittel“ sein kann gegen gesellschaftliche Vorurteile und die Diskriminierung im Alltag. Allerdings sei die Rechtsangleichung ein wichtiges Signal des gesellschaftlichen Klima- und Wertewandels hin zu Toleranz und Akzeptanz von Unterschiedlichkeit (Diversität) der Lebensstile. Sie biete den Betroffenen Unterstützung bei Konflikten im Alltag und müsse unbedingt von „praktischen Aktivitäten für den Wandel im Alltag“ begleitet sein.

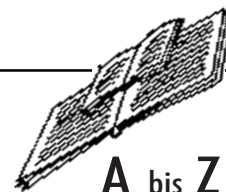
Ein wichtiges Aktionsfeld ist nach Ansicht der Organisationen und Verbände die Aufklärungsarbeit in Schulen. Bisher sei das Thema in den Thüringer Lehrplänen nur im Punkt „Fortpflanzung“ präsent. Es müsste aber im Unterricht zu einem Querschnittsthema werden, bis hin zur Gestaltung von Aufgaben, Schulbüchern, Lehrplänen und Lehreraus- und -fortbildung. Bisher wird dies von ehrenamtlich tätigen Leuten durch Eigeninitiative in die Schulen eingebracht, offizielle Unterstützung fehlt noch. Auch mit Blick auf die Erwachsenen müssten die Aufklärungsarbeit und die Aktivitäten gegen bestehende Klischees, Vorurteile und Diskriminierungen verstärkt werden. Alle Teilnehmer sprachen sich dafür aus, diese „Netzwerktreffen“ kontinuierlich fortzuführen.

Sandra Steck



Praxis tätigen Leuten hinweg, vielmehr gilt hier das Prinzip des „parlamentarischen Arms“. Es wurde deutlich, dass es in Thüringen sowohl zwischen dem parlamentarischen und dem außerparlamentarischen Bereich als auch zwischen den Verbänden, Organisationen und Beratungsstellen noch Verbesserungsbedarf in der Vernetzung bzw. beim Informations- und Meinungsaustausch gibt.

Die Einlader sagten ihre Unterstützung zu bei zeitnaher Information über Aktivitäten in den Parlamenten. Es wurde auch über die anstehende An-



A bis Z:

## Landespflegeplan

In der Kabinettsitzung am 3. August hatte sich die Landesregierung mit dem von der Thüringer Sozialministerin Heike Taubert vorgelegte Abschlussbericht zu den bisherigen Investitionen bei Pflegeeinrichtungen befasst. Jörg Kubitzki, sozialpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE, nahm dies zum Anlass, seine Forderung nach einem Landespflegeplan zu erneuern. „Frau Taubert lobt die bisherige Entwicklung der Investitionen in die Pflegeeinrichtungen, aber es fehlt an perspektivischen Schlussfolgerungen. „Offenbar geht der alte Trost der Landesregierung weiter.“

Die im Juni vorgenommene unbefristete Verlängerung des Thüringer Gesetzes zur Ausführung des Pflege-Versicherungsgesetzes bedeute, dass das alte Gesetz mit all seinen Mängeln und der Ungleichbehandlung von Heimbewohnern bei der Entrichtung der Investitionsumlage weiter bestehen bleibe. „Dadurch können Neubauten von Pflegeheimen nur mit privaten Mitteln realisiert werden, und die Modernisierung bestehender Pflegeheime wird durch die Heimbewohner selbst finanziert“, sagte der Sozialpolitiker. „DIE LINKE fordert auch im Hinblick auf die demografische Entwicklung eine Landespflegeplanung sowie die Beseitigung der Ungerechtigkeiten bei der Umlage der Investitionskosten auf die Heimbewohner und die Berücksichtigung neuer Wohnformen in der Pflege.“

## Wichtige Termine

### Landtagssitzungen:

Die nächsten Sitzungen des Thüringer Landtags finden in der Zeit vom 18. bis 20. August statt.

### Konferenz Soziales Wohnen:

Die Landtagsfraktion der LINKEN lädt zur Konferenz „Soziales Wohnen“ am Sonnabend, den 25. September, 10 bis 16.30 Uhr, nach Jena ins KuBus (Multifunktionales Zentrum für Kultur, Bewegung und Sport) ein.

### Internet:

Täglich aktuelle Informationen über die Arbeit der Thüringer Landtagsfraktion DIE LINKE sowie ihre parlamentarischen Initiativen sind im Internet abrufbar unter:

[www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)

## Forstreform

Vor einer Zerschlagung der Strukturen im Landesforstbereich warnte MdL Tilo Kummer. Seit Beginn der Amtszeit der CDU-SPD-Landesregierung kursieren immer wieder Gerüchte über eine Forststrukturreform. Minister Reinholz teilte noch vor der Sommerpause seine Entscheidung zur Ausgliederung des Landesforstes in eine Anstalt öffentlichen Rechts gegenüber den Forstgewerkschaften mit. Jetzt heißt es in Antwort auf eine Anfrage des LINKE-Abgeordneten, dass der Meinungsbildungsprozess in der Landesregierung noch nicht abgeschlossen sei und ohnehin ein Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht werde, falls man sich denn zu einer Variante der Reform entschließe.

## Vorratsdatenspeicherung

„Ausgerechnet eine CDU-Minister, dessen Partei ansonsten den Respekt vor den Verfassungsgerichten plakativ vor sich her trägt, verweigert sich in unverantwortlicher Weise der Umsetzung des Bundesverfassungsgerichtsurteils gegen die Vorratsdatenspeicherung“, kritisierte MdL Ralf Hauboldt und forderte erneut die Landesregierung auf, im Bundesrat aktiv zu werden. „Bürger- und Grundrechte sowie der Schutz der Privat- und Persönlichkeits-sphäre des Einzelnen machen den Kern der demokratischen Zivilgesellschaft aus. Sie dürfen nicht dubiosen staatlichen Sicherheitsmaßnahmen geopfert werden, deren Notwendigkeit und Wirksamkeit nicht erwiesen sind.“

## Bahnverkehr

Gegen die Auffassung des Vorsitzenden der Monopolkommission, Justus Haucap, dass die Deutsche Bahn schnellstens privatisiert und in ein Infrastrukturunternehmen und einen Verkehrsbetrieb aufgespalten werden müsse wendet sich MdL Dr. Gudrun Lukin. Weder Privatisierung noch erhöhter Wettbewerbsdruck seien Lösungsvorschläge für die gegenwärtigen Missstände in den Zügen. „Dadurch werden Qualitätsstandards und Löhne als Wettbewerbsfaktoren definiert. Das Ergebnis sind zunehmende Synergieverluste im Bahnverkehr, Verringerung von Verkehrsangeboten in der Fläche und Lohneinbußen sowie die verstärkte Umleitung öffentlicher Gelder in private Hände.“

## KURZ UND PRÄGNANT

### Museumspädagogen

Die Forderung des Thüringer Museumsverbandes nach mehr Museumspädagogen wird von MdL Dr. Birgit Klaubert unterstützt. „Die Schwelle zu den Museen ist für manche kurze Beine noch zu hoch“, betonte die LINKE-Kulturpolitikerin. Dabei müsse kulturelle Bildung für Kinder und Jugendliche eigentlich selbstverständlich sein. „Museumspädagogen helfen, junge Menschen an Kultur heranzuführen und ihnen die spannenden Geschichten, die sich beispielsweise hinter einem Bild verbergen können, verständlich zu machen.“ Gleichzeitig müsse die Landesregierung „endlich Vorschläge machen, wie alle Museen im Freistaat Kindern und Jugendlichen bis 16 Jahren freien Eintritt gewähren können“. Bisher sei lediglich bei einem Fünftel der Einrichtungen der Besuch für Kinder kostenfrei. Nicht zuletzt sollten „kulturelle Angebote stärker als bisher in die Bildungspläne von Kindergärten und Schulen integriert werden“.

### Druck auf Landespolitik

Als faulen Kompromiss bezeichnet MdL Frank Kuschel die avisierten Neuregelungen bei den Straßenausbaubeiträgen. Das Eckpunktpapier des Innenministeriums sei weder innovativ noch neu, denn bereits der Vorgänger des Innenministers hatte die Grundzüge im Jahr 2007 vorgestellt.

Enttäuscht zeigt sich auch die „Bürgerallianz Thüringen e.V. gegen überhöhte Kommunalabgaben e.V.“ und verweist auf ihren Gesetzentwurf, den sie allen Landtagsfraktionen und der Regierung als Kompromissvorschlag übergeben hat. Ziel des Entwurfes ist es, die Beträgspflicht der Grundstückseigentümer auch im Abwasserbereich sowie für den kommunalen Straßenausbau abzuschaffen. Stattdessen könnten die Gemeinden eine kommunale Abgabe auf Grundlage der Grundsteuern erheben.

Um möglichst großen Druck auf die Landespolitik auszuüben, ruft das Bündnis am 19. August um 16 Uhr vor dem Thüringer Landtag zu einer Demonstration auf, die von der LINKEN unterstützt wird. An diesem Tag soll der Gesetzesentwurf der Bürgerallianz von der Fraktion DIE LINKE in einer gemeinsamen Vorlage mit der Fraktion Bündnis90/Grüne in den parlamentarischen Geschäftsgang eingebracht werden.



# Über den Horizont geblickt und mit Spaß herausgefordert

MdL Ina Leukefeld besuchte die JuniorAkademie in Zella-Mehlis und übergab Alternative-Spende

Mit einer Abschlusspräsentation vor Eltern und Gästen ging am 30. Juli im Bürgerhaus in Zella-Mehlis die JuniorAkademie für knapp 30 Jungen und Mädchen zu Ende.

Die Deutschen JuniorAkademien, eingeführt in den alten Bundesländern 2003, bieten besonders begabten und leistungsbereiten Schülern eine über die Möglichkeiten der Schule hinausgehende intellektuelle und soziale Herausforderung. Sie führen in grundlegende Methoden der jeweiligen Fachdisziplin ein und regen zum interdisziplinären Denken und Arbeiten an. Die Teilnehmenden lernen andere, neue Denksätze kennen, blicken über den Horizont der bisherigen Lebens- und Erfahrungswelt hinaus und werden an die Grenzen ihrer Leistungskraft herangeführt. Die Mädchen und Jungen haben sogar richtig Spaß daran.



In der JuniorAkademie in Zella-Mehlis habe ich Schüler der Klassen sieben bis neun – nicht nur aus Thüringen, auch aus anderen Bundesländern – kennen gelernt. Ein Hauch von Globalisierung wehte im Camp, denn ein Mädchen kam aus Alexandria, ein

Büttner, Heike Wilhelm, Lothar Schreier, Willi Voigt u.a. für zwei Wochen mit Themen beschäftigt, für die im normalen Schulalltag kaum Zeit bleibt: „Naturkundliches Gutachten eines Ökosystems“, „Faszination Mathematik – Geheimnis Kryptologie“, „Wirtschaft und Geld“. Natürlich kam die Freizeit mit Instrumentenbau und Malen, Exkursionen und Spiel nicht zu kurz.

Investitionen in Bildung, in Kinder und Jugendliche, sind unverzichtbar, wenn es um Zukunft geht. Hier wachsen die Fachkräfte von morgen heran. Es reicht m. E. nicht, nur sorgenvoll auf einen künftigen Fachkräftemangel hinzuweisen. Die Thüringer Wirtschaft täte gut daran, sich heute bereits besser mit Bildungseinrichtungen zu vernetzen. Außerdem: Zusammen leben, arbeiten und lernen prägt gerade im jungen Alter, baut Vorbehalte ab, schafft Vertrauen, fördert Kreativität und Miteinander. Deshalb begleite ich mit großem Interesse diese Entwicklung. In Zeiten knapper Kassen war es mir eine große Freude, eine Spende der Alternative 54, unseres Vereins von Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag zu übergeben.

Ina Leukefeld

Junge aus Rom und einer aus Brüssel. Auf der Internetseite des Bildungscamps kann man sogar arabisch nachlesen.

Auf interessante Weise haben sich die jungen Leute gemeinsam mit Fachleuten und Lehrern, wie Matthias

## „Das Gift wirkt“ – zur Tyrell-Studie und ihren Abgründen

Es gibt Theorien, die sich einen ganz besonderen Platz in den An(n)alen der Wissenschaft verdient haben. Dazu gehören Erkenntnisse des legendären Kriminologen, der als „Töpfchen-Pfeiffer“ bekannt geworden ist. Locker mit dessen Unfug konkurrieren kann Professor Marcel Tyrell von der privaten „Zeppelin-Universität“ Friedrichshafen. Die Hochschule sieht sich in ihrem Selbstbild irgendwo „zwischen Wirtschaft, Kultur und Politik“ angesiedelt.

Tyrell geistert noch in anderen Sphären. Der Chef des „Buchanan Institute for Entrepreneurship and Finance“ (zu dem neben ihm noch ganze zwei Mitarbeiter gehören) hat unter dem blumigen Titel „The Legacy of Surveillance“ (dt.: Das Erbe der Überwachung) mit Marcus Jacob von der ebenfalls privaten „EBS Universität für Wirtschaft und Recht i. Gr.“ eine Studie veröffentlicht, deren Ergebnisse die Bild-Zeitung so zusammenfasst: „Das von Stasi-Spitzen gesäte Misstrauen bremsst noch heute die Wirtschaft in den neuen Bundesländern“.

Doch die wackeren Gelehrten wollen ganz konkrete „Fakten“ herausgefunden haben: eine erhöhte Dichte an Inoffiziellen Mitarbeitern (IM) der DDR-Staatsicherheit sei noch heute für niedrigere Wahlbeteiligung und seltener Mitgliedschaft in Vereinen verantwortlich, sie erkläre sieben Prozent des

Einkommensunterschieds sowie 26 Prozent der unterschiedlichen Arbeitslosenquoten im Ost-West-Vergleich. Und wer immer dachte, Entindustrialisierung und bewusst eingeführter flächendeckender Niedriglohnsektor habe mit derlei Differenzen etwas zu tun, sieht sich nun eines besseren belehrt: die Stasi ist Schuld.

Die Analyseebene von Tyrell und Jacob sind die Kreise. Schaut man sich die Studie an, wird deutlich, was beide ins Verhältnis gesetzt haben: die Zahl der IMs Ende 1988 (allerdings lagen nur Daten von 147 der 227 DDR-Kreise vor), die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2002 und Arbeitslosenzahlen von 2007. Die Logik hinter dieser eigenwilligen Konstruktion bleibt offen. Auswirkungen demographischer Prozesse der letzten 20 Jahre – Fehlanzeige. Aufgefahren wird zwar ein wahres Feuerwerk statistischer Formeln, die Autoren haben aber keine Antwort auf die wichtigste Frage: woher soll den Einwohnern der Kreise bitteschön die spezifische „Überwachungsichte“ bekannt gewesen sein, um dann ein besonderes – von anderen Kreisen abweichendes – Misstrauen ausbilden zu können?

Widersprüche werden einfach ausgeblendet. Laut den Daten der Studie war im früheren Bezirk Halle die Zahl der IMs vergleichsweise niedrig – ebenso niedrig freilich auch die späte-

re Wahlbeteiligung, während die Arbeitslosigkeit bis heute sehr hoch ist.

Besonders perfide: Tyrell und Jacob behaupten, aufgrund eines quasi von Generation zu Generation vererbten Misstrauens wegen der Stasi-Überwachung sei bei Ostdeutschen die Bereitschaft, Organe zu spenden, geringer ausgeprägt als im Westen. Tatsächlich liegen die ostdeutschen Bundesländer aber bei einem deutschlandweiten Vergleich der Organspenden auf den Plätzen 2 (Mecklenburg-Vorpommern), 3 (Sachsen-Anhalt), 5 (Thüringen), 7 (Sachsen) und 10 (Brandenburg). „Das Gift des Kraken Stasi wirkt noch heute in der Gesellschaft weiter“, behauptet Tyrell dennoch unverdrossen in einem Interview. Welche „Gifte“ die Hirne bestimmter Professoren vernebeln, harrt dagegen noch der Entdeckung.

Die Zeppelin-Studenten müssen übrigens zwischen 24.000 Euro für ein Bachelor-Studium und 25.000 Euro für einen berufsbegleitenden Master-Kurs berappen. Sicher nicht zu wenig, wenn man bedenkt, bei was für wissenschaftlichen Koryphäen sie ihre Ausbildung absolvieren dürfen und dass ihnen laut Homepage der „Zugang zum Außengelände mit eigenem Strand“ gewährt wird.

Stefan Wogawa

# Es geht um „eine bessere, eine optimalere und eine stabilere Verwaltung“

Aus der Landtagsdebatte um eine etwas merkwürdige Aktuelle Stunde der CDU

Eine Aktuelle Stunde mit dem etwas kryptischen Titel „Politische Schlussfolgerungen für Thüringen aus den aktuell vorgelegten vorausschauenden Analysen für das Jahr 2020“ hatte die CDU-Fraktion in der letzten Landtagssitzung vor der Sommerpause beantragt. In der Debatte ergriffen Mike Huster, der haushaltspolitische Sprecher der LINKEN, und Fraktionsvorsitzender Bodo Ramelow das Wort.

Mike Huster vermutete als Motiv für diese parlamentarische Initiative der CDU-Fraktion die koalitionsinternen Auseinandersetzungen „über die Frage, wie man zu Haushalten kommt, die zukunftsfähig für dieses Land sind“. Und er setzte sich damit auseinander, dass suggeriert werde, nachhaltige Haushalte in Thüringen seien nur aufzustellen mit drastischen Ausgaben-Kürzungen.

„Bei Ihnen spielen die Bund-Länder-Verknüpfungen und damit die Chance, auch Einnahmen mitzubestimmen, überhaupt keine Rolle“, warf der LINKE Abgeordnete der CDU vor. Dabei müsste natürlich auch in Betracht gezogen werden, inwiefern Ausgaben-kürzungen „zu Konsum- oder Investitionsverzicht führen und damit wieder negativ im Kreislauf wirken“. Dies habe unmittelbare Folgen auf die heimische klein- und mittelständische Wirtschaft. Mike Huster wörtlich: „Das ist Ihre Politik, die Sie hier seit Monaten – so als wenn es keine Wirtschaftskrise, keine Finanzkrise gäbe – bringen. Dieser Weg ist falsch, meine Damen und Herren.“

Vielmehr gehe es um die Frage: „Bekommen wir eine Vermögenssteuer, eine Millionärssteuer, ja oder nein, bekommen wir drastische Veränderungen bei der Erbschaftssteuer, ja oder nein? Das sind die wichtigen Steuern, um wirklich hohe Vermögen anzugehen, die keinen Ertrag für die Gesellschaft haben, aber deren spekulatives Potenzial eher zur Destabilisierung vernünftiger realwirtschaftlicher Beziehungen führen kann.“ Auch deshalb müsse es „Interesse des Staates sein, diese Vermögen so zu besteuern, dass Haushaltskonsolidierung damit möglich wird“.

Mike Huster (Foto) räumte ein, dass natürlich „auch ausgabeseitig über Konsolidierungsschritte“ nachgedacht werden müsse. Die Linksfraktion habe dies besonders auch im Rahmen der Haushaltsdebatten stets getan. Aber die Landesregierung müsse ihren Konflikt klären:

„Entweder man glaubt, man könnte über alle Ressorts verteilt und damit einschließlich Soziales, einschließlich Kultur und Bildung den Haushalt irgendwie sanieren, oder man will Prioritäten setzen und fängt damit an, was originär staatspolitische Aufgabe ist, nämlich Verwaltung zu organisieren und man fängt bei dem Thema Funk-

tional-, Gebiets- und Verwaltungsreform an. Diese Entscheidung müssen Sie treffen. Das ganze Land wartet auf diese politische Entscheidung und die CDU-Fraktion blockiert.

*(Zwischenruf Abg. Mike Mohring, CDU: Das hat doch mit der Fraktion nichts zu tun.)*

*(Zwischenruf Abg. Bodo Ramelow, DIE LINKE: Doch, das habt ihr gerade wieder bewiesen.)*

Herr Mohring, wenn Sie sich hier hinstellen und sagen, Sie sind bereit, morgen in die Funktional-, Gebiets- und Verwaltungsreform einzusteigen, dann werden wir uns hier hinstellen, Sie unterstützen.“

Wenn allerdings beide Regierungspartner, so der LINKE Abgeordnete weiter, „der Meinung sind, dass sie diesen Konflikt nicht lösen können, dann ist es auch Zeit, dass beide Partner darüber nachdenken, aus dieser Konstruktion auszusteigen – je eher desto besser. Denn die Zukunftsfähigkeit des Freistaats Thüringen hängt zentral von dieser Frage ab und wir haben tatsächlich keine Zeit mehr zu verlieren bei der Frage einer Funktional-, Gebiets- und Verwaltungsreform“.

Auch Bodo Ramelow betonte, warum man nicht ehrlich sei und gesagt



habe, lasst uns „endlich einmal darüber, was in diesem Land an Verwaltung nicht so optimal läuft, lasst uns mal ein darüber reden, wie Abwanderungsdruck von Menschen, von Bevölkerung sich auf unsere Einnahmenseite auswirkt. Wie sich die sinkenden Einnahmen, wie wir jetzt schon wissen (Solidarpaktmittel, europäische Gelder) auswirken“.

Die Debatte über die Verwaltungsreform müsse „zwar als offensive Debatte und nicht als zerstörerische Debatte“ geführt werden, denn „es geht ja darum, über Lösungen gemeinsam zu reden“. Der LINKE-Politiker bot ausdrücklich die Mithilfe und Mitunter-

stützung seiner Fraktion an, „wenn wir eine offensive Debatte über die Verwaltungs- und Gebietsreform endlich hier im Hohen Haus zielgerichtet führen mit Ergebnissen am Schluss“.

Bodo Ramelow weiter: „Wir würden also mal über die Zweistufigkeit der gesamten Verwaltung reden, wir würden mal über die Einräumigkeit der Ver-



waltung reden. Warum haben wir 158 Zweckverbände im Wasser- und Abwasserbereich? Warum haben wir ein nicht aufeinander abgestimmtes Verfahren von Schulnetzplanung, kommunaler Planung usw. Wenn das gemeint wäre, dann hätte man das doch einfacher schreiben können. Wenn wir darüber reden würden, um zu sagen, das ist der Zukunftsplan Thüringen 2020, dann sage ich, wir sind dabei.“

Dabei müsse zuerst über den „Kompass des Verwaltungsumbaus“ geredet werden, „damit dann alle Beteiligten im Land auch wissen, was das Parlament und die Regierung von allen anderen Beteiligten im Land erwarten“. Aus LINKER Sicht sei das ganz klar die Abschaffung des Landesverwaltungsamtes. Bodo Ramelow verwies darauf, dass jetzt der Erfinder des Landesverwaltungsamtes erklärt hatte, er sei eigentlich für eine Drei-Regionen-Verwaltungsgliederung gewesen und er betonte: „Als ich mal gewagt habe vor fünf Jahren, das Wort ‚drei‘ in den Mund zu nehmen - drei oder vier - wurde mir SED angedichtet, wurde mir die Wiedereinführung der Bezirke der Deutschen Demokratischen Republik angedichtet und was nicht alles. Ich wusste gar nicht, was mir da begegnete. Jetzt kommt der Erfinder des Landesverwaltungsamtes gestern in der TLZ und sagt, das Landesverwaltungsamt könnte man eigentlich abschaffen im Sinne einer Überwindung zu drei regionalen Verwaltungseinheiten.“

Es gehe um „eine bessere, eine optimalere und eine stabilere Verwaltung, bei der gleichzeitig die Planungssicherheit für alle Beteiligten da ist“, unterstrich der Fraktionschef.

## KURZ UND PRÄGNANT

### Keine Gigaliner

Die Einstellung der Tests mit so genannten Gigaliner in Thüringen wird von MdL Dr. Gudrun Lukin begrüßt. „Wesentlich sinnvoller als Pilotprojekte zur Förderung des Lastverkehrs auf der Straße wäre eine konsequentere Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene. Warum werden nicht Veränderungen im Güterverkehr ins Auge gefasst, so zum Beispiel die Erweiterung der Güterzuglänge im Osten?“ Gegenwärtig betrage die zugelassene Länge von Güterzügen im Osten 560 m, im Westen Deutschlands dagegen 700 m. Notwendig wäre auch die Verhinderung des Abbaus von Überholspuren und Abstellgleisen sowie die Förderung für Gleisanschlüssen in Gewerbegebieten und eine bessere Koordinierung von Straßen- und Schienenverkehr. ■

### Heiz- und Nebenkosten

Nach dem Zurückrudern der Bundesregierung hinsichtlich der Kürzungspläne beim Wohngeld fordert MdL Heidrun Sedlacik „auch das unsoziale Vorhaben ad acta zu legen, den Heizkostenzuschuss zu streichen“. Die Streichung des erst im Rahmen der Novelle 2009 erstrittenen Heizkostenzuschusses käme faktisch einer Wohngeldkürzung gleich. Heiz- und Nebenkosten entwickeln sich immer mehr zu einem Armutsrisiko und können einkommensschwache Haushalte in existentielle Bedrängnis bringen. Allein gegenüber den 40.000 Wohngeldhaushalten in Thüringen sei dies unverantwortlich. Das Sparpaket der Bundesregierung ist nach wie vor ein Akt sozialer Verantwortungslosigkeit und wirtschaftliche Unvernunft. ■

### Konzept für Thüringer Justiz

Mit Blick auf die berechtigten Warnungen des Präsidenten des Thüringer Oberlandesgerichts (OLG) vor einer Überalterung des Richterpersonals forderte MdL Ralf Hauboldt ein langfristiges Personalentwicklungskonzept, das sämtliche Gerichtszweige in den Blick nehmen und Lösungswege aufzeigen muss, wie wirksamer sowie unter Wahrung des Verfassungsprinzips der richterlichen Unabhängigkeit auf die sehr unterschiedliche Arbeitsbelastung in den einzelnen Gerichtsbarkeiten reagiert werden kann. Den sinkenden Fallzahlen bei Zivil- und Strafverfahren stünde bekanntlich ein enormer Anstieg von Verfahren in der Sozialgerichtsbarkeit gegenüber. Ein solches Konzept sei allerdings nur vor dem Hintergrund einer Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform zukunftssicher. ■

# Ein deutliches Signal gegen weitere Neonazi-Immobilie in Thüringen setzen

Vierstöckiges NPD-Bürohaus in Bad Langensalza – Herausforderung für Politik und Kommune

Nach vorliegenden Informationen beabsichtigt die rechtsextreme NPD Thüringen, über einen Mittelsmann ein vierstöckiges Bürohaus in Bad Langensalza (Europa-Bürohaus, Tonnaer Straße) zu erwerben. „Mit dieser Immobilie würde die rechtsextreme Szene neben dem Schützenhaus in Pöbneck und der Erlebnisscheune in Kirchheim über einen dritten großen Versammlungs- und Veranstaltungsort verfügen“, warnt Martina Renner, innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion.

Die derzeitige organisatorische Schwäche der NPD dürfe nicht darüber hinwegtäuschen, dass mit dem Kauf eines derartigen Objektes und der Errichtung einer Landesgeschäftsstelle die neonazistische NPD in Bad Langensalza das langfristige Ziel einer weiteren kommunalen Etablierung verfolge, so Renner weiter. Schon 2008 hatte die NPD behauptet, in Verhandlungen mit dem Inhaber der Immobilie zu stehen, damals kam das Geschäft aber nicht zustande. Nun ist es der NPD anscheinend gelungen, über einen solventen Mittelsmann die Kaufsumme aufzubringen.

„Die Gefahr, die von dieser Immobilie ausgeht, darf nicht unterschätzt werden. Schon jetzt fand dort eine Landesvorstandssitzung der NPD statt, die Räumlichkeiten werden derzeit eingerichtet und auch der Außenbereich soll für rechtsextreme Veranstaltungen und Konzerte genutzt werden“, so die LINKE-Politikerin. Es müsse dringend geprüft werden, welche Handlungs-

möglichkeiten die Kommunalpolitik habe, um den formalen Abschluss des Kaufes doch noch zu verhindern. „DIE LINKE setzt sich vor Ort aber auch über die Landtagsfraktion umgehend mit den zuständigen Behörden in Verbindung und versucht, mittels Stadtrat und Öffentlichkeit ein deutliches Signal gegen diese weitere Neonazi-Immobilie in Thüringen zu setzen.“

Zugleich hat jetzt die Linksfraktion beantragt, dass die Landesregierung im Innenausschuss über den Stand des Verkaufs sowie über möglicherweise noch bestehende Optionen für eine Verhinderung des Verkaufs des Bürohauses an die rechtsextremistische Partei berichtet.

## 1600 Quadratmeter Nutzfläche

Wie Andrea Röpke und Maik Baumgärtner im Internetdienst „blick nach rechts“ ([www.bnr.de](http://www.bnr.de)) schreiben, hatte der inzwischen verstorbene Hamburger Rechtsextremist und Immobiliensammler Jürgen Rieger bereits 2008 Interesse am Bürohaus Europa in Bad Langensalza bekundet. Bürgermeister Bernd Schönau (FDP) und auch der Landkreis Unstrut-Hainich schalteten sich in die Verhandlungen mit den ortsansässigen Eigentümern ein, um einen Verkauf an Neonazis zu verhindern. Erfolglos. Dann wurde es ruhig um das Bürohaus.

Nun aber zieht die Landesgeschäftsstelle der NPD in Thüringen in den weißen vierstöckigen Flachdachbau im Gewerbegebiet. Auch das „Amt Mate-

rialbeschaffung“ der rechtsextremen Partei soll aus Berlin in die thüringische Provinz verlegt werden, ebenso folgen der Germania-Versand und ein „Nordthüringenbote“.

Die NPD hat nach Angaben von Patrick Wieschke, Landespressesprecher der NPD, einen Nutzungsvertrag mit dem Eigentümerehepaar vereinbart. Wieschke ist nicht erfreut über das vorzeitige Medieninteresse, denn der Kaufvertrag sei noch nicht unterschrieben. Zähneknirschend räumt Wieschke ein, man sei froh, einen „Investor“ gefunden zu haben. Die Transaktion sollte demnach eigentlich erst in ein paar Wochen mit einer inszenierten Pressekonferenz an die Öffentlichkeit gelangen. Ein bisher anonym Geldgeber und Mittelsmann werde dann – in der für größere Veranstaltungen vorgesehenen geräumigen Kantine des Gebäudes – von der NPD vorgestellt, so Wieschke.

„Die Besitzer haben sich mit der Immobilie übernommen. Denen war jeder Strohalm recht“, zitiert die „Thüringer Allgemeine“ (TA) den Bürgermeister Schönau. Das Rentnerpaar hingegen behauptet, das Gebäude einfach nur „loswerden“ zu wollen. Bis 2008 wollte niemand das massive Gebäude mit 1600 Quadratmetern Nutzfläche und 2000 Quadratmetern Grundstück kaufen. Jetzt stehe man am Ende der Kaufverhandlungen, berichtet die Ehefrau, der Notartermin stehe bereits fest. ■



## Nur homöopathisch

Die SPD, so ist zu lesen, reibe sich in Person ihres Chefs Sigmar Gabriel an der Rente mit 67 – die sie in Komplizenschaft mit der CDU selbst eingeführt hat.

Doch inzwischen ist Gabriels Haus aus der Regierung abgewählt, auch wenn das ein paar Betonköpfe um den ehemaligen Kanzlerkandidaten Frank-Walter Steinmeier wohl noch nicht mitbekommen haben. In der SPD zeichne sich jetzt eine „teilweise Abkehr von der Rente mit 67 ab“, berichten die Medien. Teilweise Abkehr? Natürlich, sonst wäre es nicht die SPD.

Gabriel jedenfalls ist dann gegen die Rente mit 67, wenn die Erwerbsquote der über 60-jährigen so gering bleibt wie heute. Das klingt nach kaum etwas und so ist es auch: Gabriel möchte am Renteneintrittsalter 67 nichts ändern, er fordert lediglich ein paar Förderprojekte, damit die Menschen länger arbeiten können. Er hat sich somit nur einen politischen Mückenschiss vom „Regierungsprogramm“ der SPD zur Wahl 2009 entfernt, wo es heißt: „Um in einer Gesellschaft mit immer mehr alten Menschen keine Generation zu überfordern, waren die Veränderungen im Rentenrecht unumgänglich. Hierzu gehört auch die schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre bis zum Jahr 2029.“

In einem Kommentar wird vermutet, dass Gabriel lediglich „die Partei wieder attraktiver machen will für Leute, die zur Linkspartei abgewandert sind“. Da reichen die homöopathischen Dosen sozialpolitischer Rhetorik kaum. Das Personal ist ohnehin das alte: all die Gabriels, Scholzens und Nahles' haben schon Schröders Agendapolitik ihren Hofknicks dargebracht. Wäre Robin Hood in der SPD gewesen, hätte er wohl mit dem Sheriff von Nottingham Gespräche darüber geführt, den Armen vielleicht nicht gleich alles auf einmal abzupressen. ■

## Schutz vor unlauterer Telefonwerbung muss früher beginnen

„Den 57.000 Verbraucherbeschwerden seit August 2009 stehen nur elf Bußgelder wegen unerlaubter Telefonwerbung gegenüber. Wegen der schwierigen Rechts- und Beweislage sind Verfahren gegen unseriöse Anbieter komplex und langwierig. Der Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher

muss daher viel früher ansetzen“, erklärte Caren Lay anlässlich der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage zur Effektivität behördlichen Maßnahmen bei der Bekämpfung von Rufnummernmissbrauch und unlauterer Telefonwerbung (Drs. 17/2599).

Die verbraucherpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE Heidrun Sedlak bemängelt, dass die Bundesnetzagentur erst aufgrund von Verbraucherbeschwerden aktiv gegen die massenhafte Belästigung durch Werbeanrufe vorgehen kann. Die Zahlen zeigen deutlich, dass Rufnummernmissbrauch und unerlaubte Telefonwerbung bereits im Vorfeld massiver bekämpft werden müssen. Deshalb muss die Bundesnetzagentur vor der Zuteilung einer Rufnummer das Geschäftsmodell eines Unternehmens prüfen. Es kann nicht sein, dass unseriöse Anbieter fast automatisch auf den Markt kommen und Verbraucherinnen und Verbraucher sich dann auf dem Klageweg wehren müssen. Und das in der Regel mit unklarem Prozessausgang.

Unternehmen behaupten häufig mit Verweis auf ihre Allgemeinen Geschäftsbedingungen, dass eine Ein-

verständniserklärung zu Werbeanrufen vorläge. Allein die dadurch fälligen Einzelfallprüfungen machen Gerichtsverfahren komplex, lang und teuer. DIE LINKE fordert deshalb die überfällige Einführung des so genannten Opt-In-Verfahrens. Dabei müssen Verbraucherinnen und Verbraucher aktiv in die Nutzung ihrer Daten für Werbezwecke einwilligen oder eben nicht. Wer Rufnummernmissbrauch eindämmen will, kommt an dieser Maßnahme nicht vorbei. ■



## IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

### Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

### Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Annegret Brosemann

Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2416

E-Mail: [rudolph@die-linke-thl.de](mailto:rudolph@die-linke-thl.de)

Internet: [www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.